Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

USA
KATHRIN YONEOKA
November 2005

www.kas.de/usa
www.kas.de

Migration in an interconnected world: New directions for action

VORTRAGS- UND DISKUSSIONSVERANSTALTUNG ZUM BERICHT DER GLOBALEN KOMMISSION FÜR INTERNATIONALE ZUWANDERUNG MIT PROF. DR. RITA SÜßMUTH

Frau Prof. Dr. Süßmuth, Mitglied der von UN-Generalsekretär Kofi Annan eingesetzten globalen Kommission für internationale Migration, betonte in ihren Ausführungen, dass die Auseinandersetzung mit Zuwanderung sehr schwierig sei. Migranten würden zwar zur Sicherung der Sozialsysteme benötigt, seien aber nicht akzeptiert. Sie bedauerte, dass es zuwenig Kohärenz in der Migrationspolitik gebe. Daher habe die UN die Kommission einsetzt, deren 19 Mitglieder aus den verschiedensten Bereichen stammten. Die Kommission habe spezielle Anhörungen auf 5 Kontinente veranstaltet (darunter Länder wie Ungarn, Südafrika, Mexiko und Ägypten), wo man versucht habe, Regierungsvertreter mit Auswanderern, Unternehmen und Nichtregierungsorganisationen an einen Tisch zu bringen.

Die Kommission habe aus den Erkenntnissen dieser Anhörungen im wesentlichen die folgenden sechs Handlungsprinzipien abgeleitet:

1. Migration aus freier Entscheidung: Migration und die globale Wirtschaft

Die Mehrheit der Migranten werde gezwungen, ihre Heimatländer zu verlassen. Zwar glaubten die Europäer, sie hätten die stärkste Zuwanderung. Wenn man sich aber die Zahlen anschaue, hätte z. B. Pakistan eine Zuwanderung von jährlich 2 Millionen Menschen – eine Anzahl mit deren Integration sämtliche Staaten in Europa überfordert wären. 7,7 Millionen Menschen verlassen die Philippinen jedes Jahr, um Arbeit in anderen Ländern zu finden. Zwar glaube die philippinische Regierung, dass sie sich um ihre Landsleute und deren Lebensbedingungen auch im Ausland kümmere. In der Realität sei dies jedoch gar nicht möglich. Die Kommission habe daher für die Notwendigkeit eines internationalen Monitorings von Migration plädiert.

2. Stärkung des wirtschaftlichen und entwicklungsrelevanten Einflusses

Süßmuth führte weiter aus, dass in Zeiten von alternden und schrumpfenden Gesellschaften die Notwendigkeit von Zuwanderung häufig mit den hohen Geburtenraten der Zuwanderer begründet werde. Es sei jedoch so, dass sich Zuwanderer an die Geburtenraten der Einwanderungsländer anpassten und daher die Auswirkungen des Alterungsprozesses einer Gesellschaft höchstens mildern und hinausschieben, nicht aber aufhalten können. In Zeiten, in denen das Wirtschaftwachstum durch immer weniger Studenten und Akademiker gefährdet sei, könne Zuwanderung helfen. Dazu werde aber politische Führungsverantwortung benötigt.

3. Umgang mit illegaler Zuwanderung

Süßmuth forderte die Einhaltung der gemeinsamen EU-Standards für Flüchtlinge und für Zuwanderung in den Arbeitsmarkt,

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

USA
KATHRIN YONEOKA
November 2005

www.kas.de/usa
www.kas.de

wobei den Zuwanderern Schutz zur Rückkehr ins Heimatland zu gewährleisten sei.

4. Stärkung des Zusammenhaltes durch Integration

In den USA seien Schulen seit kurzem verpflichtet, auch Migrantenkinder in englisch zu unterrichten. Häufig seien – auch in Teilen Deutschlands - 75-80% der Schüler Kinder von Migranten. Wichtig sei hierbei, dass die Integration übergreifend erfolge, d. h. alle Bereiche des Lebens, wie Arbeit, Schule, etc. Erfasse.

5. Stärkung der Rechte von Migranten

Die Kommission habe sich hierbei auf die Implementierung der geltenden internationalen Konventionen konzentriert. Migranten ohne Papiere hätten z. B. in Deutschland häufig kein Recht auf einen Schulbesuch oder auf medizinische Vorsorge, so Süßmuth.

6. Verbesserung der Regierungsführung: Zusammenhalt, Kapazitätsaufbau und Kooperation

Süßmuth betonte, dass eine verbesserte Zusammenarbeit beim Umgang mit Migranten erfolgen müsse. Die Integration erfolge normalerweise lokal, es müsse aber auch mehr Kooperation auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene geben. Derzeit gebe es nur eine informellen Austausch zwischen den verschiedenen zuständigen Behörden. Daher habe die Kommission vorgeschlagen, bei der UN und den Internationalen Organisationen eine übergreifende Institution mit der Zuständigkeit für internationale Migration anzusiedeln.

Im Anschluß wies Süßmuth darauf hin, dass die UN im nächsten Jahr einen Dialog auf höchster Ebene unter Einbeziehung des Berichts der Kommission plane. Die Kommission hoffe derzeit, dass der Bericht weite Verbreitung finde und in den Ländern implementiert werde. Trotzdem sei die Zukunft für den Umgang mit Zuwanderung offen. Wie aber die Schlagzeilen in Frankreich zeigten, werde Integration von Migranten in den nächsten Monaten einer der Schwerpunkte sein. Gleichzeitig sah Süßmuth die Notwendigkeit, einen neuen

Ansatz in der Frage von Zuwanderung und Entwicklung zu verfolgen. Die

Beiträge, die Zuwanderer in der Entwicklung ihrer Heimatländer leisteten, übersteigen bei weitem die Transfers der Geberstaaten.

Patricia Weiss, Director of Training des Instituts für die Studien internationaler Migration, betonte die Notwendigkeit, die verschiedenen Interessenvertreter an einen Tisch zu bringen. Dies sei auch die Aufgabe ihres Instituts. Gleichzeitig fragte sie nach den Erfahrungen, die die Kommission mit ihren Anhörungen gemacht habe.

Max Finberg, Director der Allianz zur Beendigung von Hunger, zeigte sich erfreut, dass die Entwicklungsgemeinschaft die Leistungen von Zuwanderern für ihre Heimatländer erkannt habe. Die internationalen Institutionen hätten sich dementsprechend auch um eine Reduzierung der Entgelte für das Senden von Geld in die Heimatländer bemühte. Ihm stelle sich jedoch die Frage nach den politischen Dimensionen von Zuwanderung.

Telmo Baltazar, Justice and Home Affair Counselor bei der EU-Kommission, stellte die Frage, ob Entwicklungshilfe aufgrund der Beiträge der Migranten für ihre Heimatländer reduziert werden solle. Darüber hinaus wollte er wissen, wie sich die Zuwanderer in den Einwanderungsländern integrierten, wenn sie aus eigenen Willen zuwandern würden.

Prof. Dr. Süßmuth führte aus, dass die Kommission bei ihren Anhörungen alle Beteiligten zusammengebracht habe, wobei die verschiedensten Gruppierungen natürlich alle unterschiedliche Interessen gehabt hätten. Gleichzeitig seien die privaten Leistungen von Zuwanderern für ihre Heimatländer kein Grund, die offizielle Entwicklungshilfe zu stoppen. Sie werde genauso benötigt. Aber ein immer größerer Beitrag käme auch aus der Wirtschaft, z. B. im Rahmen der Public Private Partnership-Projekte. Süßmuth plädierte aber auch für eine Konditionierung der Mittel für Entwick-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

USA
KATHRIN YONEOKA
November 2005

www.kas.de/usa
www.kas.de

lungshilfe. Es gebe unter den Migranten eine große Bereitschaft, sich zu integrieren. Allerdings würden häufig die Zuwanderungsländer bei ihren Integrationsangeboten versagen. Hier bestehe großer Nachholbedarf, wie die aktuellen Ausschreitungen in Pariser Vororten zeigten. Dort habe es zwar Pläne für eine Verbesserung der Integration gegeben, aber man sei nicht bereit gewesen, das Geld hierfür aufzubringen.

Auch in Deutschland gebe es nicht genügend Deutschkurse. Sowohl auf Seiten des Zuwanderungslandes als auch auf Seiten der Zuwanderer gebe es Rechte und Pflichten.

Prof. Dr. Joachim von Braun, Director General des International Food Policy Research Institutes (IFPRI), betonte die Notwendigkeit, die Handelsbarrieren auf den internationalen Märkten abzubauen. Er sah die Zuwanderer der nächsten Generation in den mehr als 1 Milliarde Bauern weltweit (insbesondere in China und Indien), die ihre Heimat in den nächsten Jahren verlassen müssten, um zu überleben. Binnenwanderung sei das gravierendste Problem der nächsten Jahre. Daher müssten die Marktbarrieren fallen und der Zugang zu den Arbeitsmärkten offen sein.

Prof. Dr. Süßmuth erwiderte, dass die Kommission empfohlen habe, die Märkte für die Entwicklungsländer zu öffnen, um den Bauern eine Teilnahme am Wirtschaftswachstum zu ermöglichen. Sie würden sonst doppelt bestraft: zum einen, weil sie arm seien, zum anderen, weil sie keinen Zugang zu den Märkten hätten. Indien habe durch Migration einen „Brain Gain“ zu verzeichnen, während z. B. Südafrika einen „Brain Drain“ habe, weil immer mehr Ärzte und gut ausgebildete Krankenschwestern das Land verließen. Die Länder, die von Zuwanderern profitieren, welche in ihren Heimatländern ausgebildeten wurden, sollten daher den Herkunftsländern eine Kompensation zur Verfügung stellen.

Gleichzeitig müssten die Bedingungen vor Ort verbessert werden, um gut ausgebildetes Fachpersonal in den Ländern zu halten. Demetrios Papademtriou, Präsident des Migration Policy Institutes, führte aus, dass die meisten Zuwanderungskonzepte in Europa aus den 50er und 60er Jahren des letzten Jahrhunderts stammten. Der deutsche Bundeskanzler habe mit seinem Versuch, das amerikanischen Konzeptes der „Green Card“ kopieren zu wollen, versagt. Bestimmte Zuwanderer seien willkommen, andere nicht! Er kritisierte die Medien für eine ungenügende Berichterstattung über den Bericht der Kommission und plädierte dafür, den Bericht durch Netzwerke von Migrationsexperten weltweit bekannt zu machen und zu verteilen.

Susan Martin, Director am Institut für die Studien internationaler Migration, wies darauf hin, dass der Bericht auf einem Konsens von Nord und Süd basiere. Außerdem forderte auch sie eine Schaffung von Kapazitäten zwischen den Institutionen. Sie setze daher große Hoffnungen in den Dialog auf höchster Ebene der UN.

Prof. Dr. Süßmuth forderte ein verstärktes Bewusstsein der Mitgliedsstaaten. Zwar setze auch sie große Hoffnungen in den Dialog auf höchster Ebene der UN. Gleichzeitig dürfe das Warten darauf aber nicht die Nationalstaaten von ihrer Pflicht befreien, die Handlungsprinzipien des Berichts umzusetzen.

Robert Leiken, Director Immigration and National Security am Nixon Center, stellte die Frage nach der Reaktion der Konservativen auf den Bericht der Kommission. Insbesondere nach dem 11. September und den aktuellen Aufständen in Frankreich werde Zuwanderung häufig als Bedrohung für die Gesellschaft betrachtet. Die Integration der zweiten Zuwanderergeneration stelle die Gesellschaft vor besondere Herausforderungen.

Michael Werz, Director des Konsortiums der Hessischen Universitäten, wünschte sich eine stärkere Trennung von gewollter und freiwilliger Migration. Er habe in seinem Umfeld Schwierigkeiten, die Erwerbsbevölkerung zu internationalisieren, weil die beiden Arten von Migration nicht getrennt behandelt würden.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

USA
KATHRIN YONEOKA
November 2005

www.kas.de/usa
www.kas.de

Prof. Dr. Süßmuth betonte zum Abschluss, dass es immer die falsche Zeit sei, Zuwanderung voranzutreiben. Gleichzeitig sah auch sie die Schwierigkeiten, die Bevölkerung davon zu überzeugen, dass die Wirtschaft Zuwanderer benötige. Eine Trennung der Zuwanderer in gewünschte und ungewollte halte sie allerdings für gefährlich, da damit politisch argumentiert werden könne. Zudem gehörten beide Themen auch zusammen, da auch freiwillige Zuwanderer in den Arbeitsmarkt zuwandern würden.